

Was erfahren wir aus den Akten des Landesarchivs Speyer? Wie kam Adolf Hitler 1932 zum Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Lemberg?

von Regina Heilweck

Das Recherchieren im Landesarchiv ist sehr zeitaufwändig und nicht immer von Erfolg gekrönt. Für mich kommt erschwerend hinzu, dass ich kein Experte auf diesem Gebiet bin und ohne die fachkundige Hilfe unseres Historikers Stefan Jamin wohl kaum Material gefunden hätte. Stefan hat im Vorfeld die Akten rausgesucht, gesichtet und mir die interessanten zur weiteren Bearbeitung vorgelegt.

In wenigen Fällen hatten wir „Glück“ und es ist relativ viel Material über eine Person erhalten. In den meisten Fällen war es jedoch eher so, dass nur wenig existierte und das Material auch recht lückenhaft war.

Das Lesen in den alten Unterlagen gestaltet sich außerdem sehr schwierig, zumal Handschriften auf dem vergilbten Papier nur schlecht leserlich sind. Umso größer ist dann die Freude, wenn interessante Dokumente auftauchen. Und manchmal reichen schon wenige Dokumente, um die Aussagen unserer Eltern und Großeltern, die Nazis wären nur eine Minderheit gewesen und die Mehrheit war dagegen, in Frage zu stellen.

So fand am 24. September 1932, also Monate vor der sogenannten Machtübernahme Hitlers, eine Gemeinderatsitzung in Lemberg statt. Gleich der 2. Tagesordnungspunkt (nach der Schulhäuserinstandsetzung) sah vor:

„2. Verleihung der Ehrenbürgerrechte an Regierungsrat Adolf Hitler

Mit 9 gegen 5 Stimmen beschließt der Gemeinderat den Regierungsrat Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht in der Gemeinde Lemberg zu verleihen. Bei der erfolgten Abstimmung durch Namensaufruf stimmten dafür: Müller Friedrich, Knorr Friedrich, Helmstetter Jakob, Seibert Karl, Koch Friedrich, Ziegler Adam, Becker Albert, Gebhard Daniel und Hunsicker Herrmann; dagegen Kästner Jakob, Lacroix Heinrich, Kästner Friedrich, Stefan Gottfried, Zinßmeister Jakob.

Es kommt folgender Beschluss zustande:

Dem Gemeinderat Lemberg ist es eine Ehre Adolf Hitler, den Führer der deutschen Freiheitsbewegung, den Erneuerer des deutschen Reiches zu nationaler Einheit und Größe, den Kämpfer für Wahrheit und soziale Gerechtigkeit, zum Ehrenbürger der Gemeinde Lemberg zu ernennen.“

Mit 9 gegen 5 Stimmen! Das war wohl eher nicht die Minderheit. Aber es gab nicht nur Befürworter. Einer, der anderer Meinung war, also eine der 5 Gegenstimmen, war Jakob Zinßmeister, geb. am 28.04.1897 in Lemberg und dort am 08.07.1959 verstorben, Schuhzuschneidmeister, vom 22.03.1933 bis zum 12.04.1933 im KZ Neustadt und anschließend überführt ins Gefängnis nach Zweibrücken.

Er übergab in der Gemeinderatssitzung folgende schriftliche Erklärung:

„ *Erklärung!*

Zu dem Antrag auf Einbürgerung des nationalsozialistischen Parteiführer Hitler haben wir folgende Erklärung zu Protokoll zu geben:

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt gegen diesen Antrag aus folgenden Gründen:

Zum Ehrenbürger macht man denjenigen, der für die Gemeinde etwas aussergewöhnliches geleistet hat. Uns ist keinerlei Leistung eines Hitler, zugunsten der Gemeinde bekannt.

Bekannt ist uns aber, dass Hitler mit 5 Jahren Festung vorbestraft ist wegen Hochverrat. Diese Tatsache kann uns nicht ermuntern, ihn zum Ehrenbürger von Lemberg zu machen.

Hitler war Ausländer und hat das deutsche Staatsbürgerrecht auf eine Weise erhalten, die auf jeden anständigen und korrekten Staatsbürger abstossend wirkte. Er wurde zum Parteibuchbeamten gemacht und bezieht ohne jede Gegenleistung von der Republik Gehalt. Ein solches Vorkommnis hätte bisher in jeder Partei zur Ausstossung einer solchen Persönlichkeit geführt. Wir sehen nicht ein, dass Lemberg einen solchen Mann zum Ehrenbürger machen muss.

Hitler hat die bestialischen Mörder von Potempa als Kameraden bezeichnet, hat sich ausdrücklich mit ihnen solidarisiert und hat sich damit mit gemeinen Mördern, die zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden, auf eine Stufe gestellt. Das befähigt nicht zum Ehrenbürger.

Reichspräsident Hindenburg hat Hitler gröblichen Wortbruch vorgeworfen. Ein Ehrenbürger darf nicht mit solchem Makel behaftet sein.

1923 gab es Bürgermeister und Gemeinderäte, die sich gegenüber den Franzosen und Separatisten unwürdig benahmten und die es heute bitter bereuen. Es wird bald der Zeitpunkt kommen, an dem auch die heutigen Befürworter des völlig unbegründeten Ehrenbürgerrechts, des allen Bürgern unbekanntes und in der Gemeinde völlig unverdienten Hitler, ihre Haltung bitter bereuen werden.

Diese unsere Auffassung veranlasst uns, namentliche Abstimmung zu beantragen, damit die Befürworter eines so unwürdigen Antrages für alle Zeit festgehalten sind.

Fraktion der sozialdemokratischen Partei."

Der Beauftragte des Staatskommissars beim Bezirksamt Pirmasens vermerkt am 22.03.33, also ein halbes Jahr nach dem Vorfall:

„Nach Mitteilung des 1. Bürgermeisters Huber von Lemberg hat bei Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Adolf Hitler der Fraktionsvorsitzende der SPD Jakob Zinsmeister beiliegende Erklärung im Gemeinderat schriftlich abgegeben. Aus diesem Grunde wurde heute die sofortige Inhaftierung des Zinsmeister angeordnet. Z(inßmeister) wurde heute mittag in das Zwangsarbeiterlager nach Neustadt überführt.“

(Quellen: Landesarchiv Speyer H 91/27925 und Archiv des Landkreises Pirmasens)

Regina Heilweck